



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES**

1014 WIEN, Postfach 100

Bei Beantwortung bitte angeben

Zahl 5 014/19-IV/11/93/R

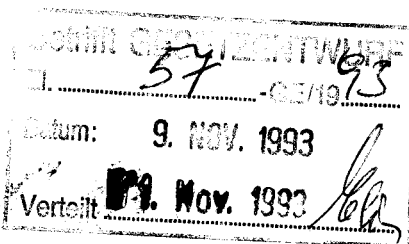
DVR: 0000051

Wien, am 23. Oktober 1993

Referent: Rohrböck

Kl.: 2270

Entwurf einer Novelle zum  
Bundes-Verfassungsgesetz;  
Stellungnahme



An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3

1017 W i e n

*St. W. 11/93*

In der Anlage übermittelt das Bundesministerium für Inneres 25 Ablichtungen seiner Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle zu Art 26 Abs 2 und Art 151 B-VG, den das Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 5. August 1993, Zahl 501.999/32-V/5/93, zur Begutachtung versendet hat.

Beilagen

Für den Bundesminister

Dearing

*Dr. ...*  
*Tisch*



**REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES**

1014 WIEN, Postfach 100

Bei Beantwortung bitte angeben

Zahl 95.014/19-IV/11/93/R

DVR: 0000051

Wien, am 23. Oktober 1993

Referent: Rohrböck

Kl.: 2270

Entwurf einer Novelle zum  
Bundes-Verfassungsgesetz;  
Stellungnahme

An das  
Bundeskanzleramt  
Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2  
1014 W i e n

Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 5. August 1993, Zahl 601.999/32-V/5/93, nimmt das Bundesministerium für Inneres zum gegenständlichen Entwurf einer Novelle zum Bundesverfassungsgesetz wie folgt Stellung:

Vorerst wird angemerkt, daß das Bundesministerium für Inneres grundsätzlich für die seinerzeit vorgeschlagene Regelung eintritt. Dies umfaßt auch den Vorschlag zur Novellierung der Art 6 Abs 2 und 117 Abs 2 B-VG.

Nach Ansicht des Bundesministeriums für Inneres sollte in Art 25 Abs 2 B-VG die Wortgruppe "ihren ordentlichen Wohnsitz" durch die Worte "den Hauptwohnsitz" (und nicht "ihren Hauptwohnsitz") ersetzt werden, um verstärkt zum Ausdruck zu bringen, daß es nur einen einzigsten Hauptwohnsitz im Bundesgebiet geben kann.

Der Verfassungsdienst hat in seiner Stellungnahme vom 12. Oktober 1993, Zahl. 600.852/2-V/5/93, zum Hauptwohnsitzgesetz vorgeschlagen, die aus Art III Z 4 sowie aus Art V Z 1 des Entwurfes ersichtlichen Verfassungsbestimmungen durch

entsprechende Regelungen im B-VG zu ersetzen. Das Bundesministerium für Inneres ist mit diesem Vorschlag im Interesse der "Einheitlichkeit der Verfassung" einverstanden.

*Handwritten signature*

Für den Bundesminister  
Dearing

*Handwritten signature*